Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

267 (14.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 267 | **Montag den 14. November 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Am 15. November wird die Buttereinfuhr grundsätzlich verboten bezw. kontingentiert.

*

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird ein Moratorium für Hypotheken bis zum 1. April 1934 gewährt.

*

Die Vereinigten Reichsratsausschüsse nahmen am Samstag eine Entschließung an, die die Vereinigung des Preußenkonflikts fordert.

*

Die am Sonntag abgehaltenen sächsischen Gemeindewahlen und Lübecker Bürgerschaftswahlen haben einen ruhigen Verlauf genommen. In Lübeck ist die bisherige Linksmehrheit gebrochen worden. Auch bei den Saarbrücker Kommunalwahlen ist es zu keinen Zwischenfällen gekommen. In Berlin fanden Wahlen zur altpreußischen Landeskirche statt.

*

Der französische Kriegsminister Paul Boncour hielt am Sonntag gelegentlich eines Festessens ehemaliger Kriegsteilnehmer in Couffre eine Rede über seinen Abrüstungsplan, mit dessen Veröffentlichung man am heutigen Montag rechnet.

*

Das englische Außenministerium hat den Wortlaut seiner Note zur Schuldenfrage an Amerika veröffentlicht.

*

Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Wien setzte sich der früherer Reichstagspräsident Löbe für eine Einheitsaktion der S.P.D. und K.P.D. ein.

*

Die dem Verwaltungsrat der B.I.Z. angehörenden Gouverneure der Notenbanken traten am Sonntag nachmittag in Basel zu einer geheimen Vorbesprechung für die Montagssitzung zusammen.

*

Der Hungerstreik der sechs Strafgefangenen im Bielefelder Festungsgefängnis dauert an.

*

Am Sonntag abend wurde in Lausanne auf das offizielle Regierungsgebäude, Hotel de Ville, von einem mit Kommunisten besetzten vorüberfahrenden Auto eine Bombe geworfen. Fünf Personen erlitten Verletzungen.

Moratorium für Hypotheken verordnet

Berlin, 13. Nov. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird das Recht des Gläubigers, die Rückzahlung von dinglich gesicherten Forderungen zu verlangen, bis zum 1. April 1934 hinausgeschoben. Diese Maßnahme war erforderlich, da es bei der Unergiebigkeit des Kapitalmarktes dem Schuldner zur Zeit nicht möglich ist, sich eine Ersatzhypothek zu beschaffen. Aus diesem Grunde ist bekanntlich die Fälligkeit von landwirtschaftlichen Hypotheken bis zum 1. April 1935 hinausgeschoben worden. Es war als ein Gebot der Gerechtigkeit bezeichnet, auch den übrigen hypothekarischen Schuldnern, insbesondere dem städtischen Grundbesitz, einen ähnlichen Zahlungsaufschub zu bewilligen. Die Verordnung bezieht sich auch auf bereits fällige Hypotheken, jedoch dann nicht, wenn die Fälligkeit durch einen besonderen Anlaß, z. B. den Verzug mit den Zinsen herbeigeführt ist. In diesem Falle kann aber der Schuldner den Zahlungsaufschub beanspruchen, wenn er binnen einem Monat die rückständigen Beträge nachbezahlt. Den Interessen des Gläubigers ist dadurch Rechnung getragen, daß er in dem Falle eines dringenden Bedarf der geschuldeten Beträge das Amtsgericht mit dem Antrag anrufen kann, daß die Hinausschiebung der Fälligkeit ganz oder teilweise unterbleibt. Abgesehen von Tilgungshypotheken findet die Verordnung insbesondere keine Anwendung auf Aufwertungshypotheken, auf landwirtschaftliche Hypotheken sowie auf Kommunalhypotheken.

Die Sparaktion in Preußen

8 Ministerialabteilungen eingespart und 140 Referate freigemacht

Berlin, 12 Nov. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat sich die kommissarische Regierung in einer Sitzung mit der Durchführung der zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 beschäftigt und hierbei zunächst die erforderlichen **Personalveränderungen für die höheren Beamten beschlossen.** Bei der Durchführung dieser Maßnahmen, die am 1. Februar 1933 zum Abschluß kommen werden, können in den preußischen Ministerien **acht Abteilungen eingespart** und durch Zusammenlegung und Aufhebung der Bearbeitung von einzelnen Sachgebieten etwa **140 Referate freigemacht werden. 64 höhere Beamte der verschiedenen Ministerien wurden in den einstweiligen Ruhestand versetzt, 26 höhere Beamte wurden aus einem in ein anderes Ministerium versetzt.**

Die Beratungen der Reichsratsausschüsse

Länderfront gegen Reichsregierung?

Der amtliche Bericht zu den wichtigen Verhandlungen lautet:

In der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats am Samstag wurde zunächst die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden besprochen. Der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin-Krosigk gab dazu einen Ueberblick über die Finanzlage im Reiche. Danach rechnet er mit einem **Ausfall bei Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700 bis 800 Millionen RM.**, von denen etwa 400 Millionen das Reich, der Rest die Länder treffen. Außerdem legte der Minister den Schuldenstand des Reiches und die Verpflichtungen des Reiches aus Garantien usw. dar.

Die Länder machten ihre bekannten Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reiches an die Länder auf die Eisenbahnabfindung, Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer und schließlich gleichheitliches Vorgehen des Reiches und der Länder bei der Ergreifung von Sparmaßnahmen. Der Reichsminister der Finanzen sagte zu, diese Forderungen der Länder innerhalb der Reichsregierung zu besprechen.

In der Nachmittagssitzung gab der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, eingangs einen Ueberblick über die Pläne **der Regierung zur Reichsreform**, wobei er betonte, daß diese Pläne in enger Fühlung mit den Ländern weiter bearbeitet werden sollen. Hieran schloß sich eine ausführliche Aussprache. Anschließend faßten die Vereinigten Ausschüsse folgende Entschließung, die dem Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt wird:

1. Die **Maßnahmen des Reiches vom 29. und 30. Oktober 1932** gehen über die Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren, **stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmäßig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist.** Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zusage gegeben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zusage so rasch wie möglich die zur **Behebung der eingetretenen Gleichgewichtveränderung** erforderlichen Maßnahmen trifft.

2. Bei der großen Bedeutung einer **Reichsreform** für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Vermeidung überstürzter Maßnahmen und einer übereilten Behandlung die deutschen **Länder bei der Gestaltung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichskabinett und vor einer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.**

Die Aussprache im Reichsrat

Berlin, 13. Nov. Ueber die Verhandlungen in den Reichsratsausschüssen erfährt das Nachrichtenbüro des V.d.Z. noch im einzelnen, daß in der Verfassungsdebatte Ministerpräsident Dr. Braun als erster Vertreter der Länder das Wort nahm. Er führte einleitend aus, daß Vorbesprechungen der Reichsregierung mit den größeren Ländern stattgefunden hätten, zu denen Preußen „und die übrigen kleinen Länder" nicht zugezogen worden seien, so daß diese auf die Mitteilungen des Reichsinnenministers über die beabsichtigten Reformen angewiesen seien. Daraus ergebe sich aber, daß noch immer keine konkreten Entwürfe vorlägen. Zweifellos bestehe nach der Reichsverfassung ein unzweckmäßiger Dualismus Reich-Preußen. Artikel 48 sei kein geeigneter Weg, um die Mängel zu beseitigen. Nachdem der Staatsgerichtshof entschieden habe, wäre es **das einfachste Gebot der Loyalität, daß die preußischen Minister wieder in ihr Amt eingesetzt würden.** Das müßte der erste Schritt sein; dann werde es auch möglich sein, sich über die Zusammenarbeit zu verständigen. Wie denke die Regierung denn ihre Reformen durchzuführen? Darüber etwas zu wissen, liege durchaus im Interesse der Länder und insbesondere im Interesse der Ruhe und Ordnung.

Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. weiter hört, wurde in der Aussprache von den Rednern der größeren Länder übereinstimmend **die Notwendigkeit einer Bereinigung des Konflikts Reich-Preußen im Sinne einer loyalen und großzügigen Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes betont.** Uebereinstimmend wurde auch vor Verfassungsexperimenten und insbesondere vor einer nochmaligen Reichstagsauflösung gewarnt.

Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme der Entschließung, die mit fast allen Stimmen, auch denen der preußischen Vertreter, erfolgte.

„Nationale Konzentration"

Hindernisse und Möglichkeiten

Mit dem Auftrag des Reichspräsidenten an den Reichskanzler, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen, ist der erste der Schritte erfolgt, die nach der Neuwahl des Reichstages notwendig waren. Die bisherige Gepflogenheit, den Führer der jeweils größten Partei zum Reichspräsidenten zu berufen, damit er von diesem den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalte, konnte keine Anwendung mehr finden, da das hierfür übliche Schema, rein zahlenmäßig Koalitions- oder Mehrheitskabinette zu bilden, zu den Dingen gehört, die endgültig der Vergangenheit angehören. Insofern läßt der Begriff „Nationale Konzentration" ohne weiteres die Deutung zu, daß darunter keine Parteiregierung im alten Sinne zu verstehen ist. Nun soll nach dem Willen des Reichspräsidenten doch der Versuch eines Brückenschlags zwischen Regierung und Parlament unternommen werden, aus der durchaus richtigen Erkenntnis heraus, daß es kein Idealzustand ist, wenn Reichsregierung und Reichstag in ständigem Kampf miteinander liegen oder eine Reichstagsauflösung die andere ablöst.

Die Voraussetzung aller praktischen Politik ist daher die Herbeiführung einer Verständigung zwischen beiden Faktoren, wobei es gar nicht darauf ankommt, daß diese Verständigung, in Präambel und Paragraphen gefaßt, ein genau umrissenes Arbeitsprogramm auf die Beine stellt, sondern daß zunächst einmal eine Einigung über die grundsätzliche Lösung der dringendsten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben erfolgt. Es erübrigt sich, einen langen Katalog alles dessen aufzustellen, das unter diese beiden Rubriken gehört. Das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit überschattet alles andere, was auf wirtschaftlichem Gebiet sonst noch kritisch erscheint. Es zu bannen, ist das A und O aller Wirtschaftspolitik überhaupt. An zweiter Stelle wäre die Verfassungsreform zu nennen, die aber auch nicht überstürzt werden darf, wenn sie das Provisorium von Weimar in ein Definitivum überführen will. Und nicht zuletzt sind es die Probleme der auswärtigen Politik, bei denen es bereits eine ideelle nationale Einheitsfront gibt. Es würden aber sowohl die Abwehrfähigkeit wie auch die Angriffskraft der deutschen Außenpolitik zweifellos stärken und unterstützen, wenn sich die bisherigen Imponderabilien in eine meß- und wägbare Größe verwandeln ließen, damit diese an der geeignetsten Stelle im internationalen Kräftespiel eingesetzt werden kann.

Schon diese kurze Zusammenstellung zeigt zur Genüge, welch eine ungeheure Fülle von lebenswichtigen Arbeiten der Erledigung harrt, die nur durch gemeinsame Arbeit von Regierung und Volksvertretung bezwungen werden kann. Man wird deshalb allen den Parteien oder Führern, die auch jetzt noch Opposition um jeden Preis verkünden zu müssen glauben, zu verstehen geben müssen, daß zum Ausschachern irgendwelcher parteipolitischer Vorteile oder gar Machtpositionen die Zeiten zu kritisch geworden sind. Parteien, namentlich wenn sie Exponenten bestimmter Weltanschauungen sind, wird es immer geben, und es ist auch gut so, daß sie vorhanden sind. Nur dürfen sie nicht zum Selbstzweck ausarten oder gar den Anspruch erheben, das „Volk" schlechthin zu repräsentieren. Auf der anderen Seite liegt es auch nicht im Willen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der gewählten Vertretung des Volkes jegliche Mitwirkung zu bestreiten. Die Parteien radikal beseitigen zu wollen, ist unmöglich. Dagegen sollen und müssen Auswüchse des parlamentarischen Regimes beseitigt und in Zukunft vermieden werden.

So liegt die Verständigungsmöglichkeit einzig auf der Ebene, daß nach gemeinsamen Besprechungen, in denen die Grundzüge des politischen und wirtschaftlichen Programms noch einmal festgelegt worden sind, der Regierung Ruhe gegönnt und freie Bahn geschaffen wird, damit sie ihr Vorhaben in die Tat umsetzen kann. Kritik und Kontrolle zu üben ist dann selbstverständliche Pflicht der Volksvertretung. Deshalb wird das Ziel der Kanzlerbesprechung darin zu suchen sein, daß er sich die Bereitwilligkeit der großen, ausschlaggebenden Parteien sichert, die Arbeit der vom Reichspräsidenten ernannten Regierung nicht zu stören. Dann werden auch Wünsche, Ratschläge und Anregungen des Reichstages zweifellos willkommen geheißen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Empfang der Parteiführer Mitte der Woche

T.U. **Berlin**, 13. Nov. Mit Rücksicht auf die Besprechungen mit den Ländervertretern und die Beratungen im Reichsrat ist der Empfang der Parteiführer beim Reichskanzler erneut verschoben worden. Er soll nach den neuesten Dispositionen zwischen Dienstag und Donnerstag dieser Woche stattfinden, also nach dem Staatsbesuch von Papens in Dresden und vor seiner Reise nach Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt.

*

Unterredung zwischen von Papen und Dr. Hugenberg.

T.U. **Berlin**, 14. Nov. Am Sonntag hatte der Reichskanzler, wie der „Montag" berichtet, nach der Rückkehr von einer kurzen Reise eine Unterredung mit dem Führer der D.N.V.P., Dr. Hugenberg. Die Besprechungen mit dem Führer der Zentrumspartei, Prälaten Kaas, und dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, werden spätestens am Dienstag stattfinden. Ob eine Besprechung mit einem hinreichend bevollmächtigten Vertreter der Nationalsozialistischen Partei zustande kommt, ist noch nicht zu übersehen.

Heute wird der Reichskanzler um 8 Uhr vormittags nach Dresden fahren und erst gegen 10 Uhr abends von dem offiziellen Besuch bei der sächsischen Staatsregierung zurückkehren.

Die kritische Lage in Genf

Genf, 13. Nov. Während am Samstag die Beerdigung der Opfer der Unruhen ohne Zwischenfälle verlaufen ist, kam es in den Abendstunden des Samstags wieder zu einer gespannten Lage. Die durch starke Posten gesicherten Zugänge zu den **Kasernen**, wo die mobilisierten Truppen untergebracht sind, wurden **von einer sehr großen Menschenmenge, die offenbar in sehr gereizter Stimmung war, förmlich belagert.** Das Gerücht, daß ein Teil der Garnison gemeutert habe, trifft nicht zu. Es wurden zwei weitere Bataillone Walliser Infanterie herangezogen. Es herrscht der Eindruck, daß diese Maßnahme auf Grund von **Vorgängen innerhalb der Genfer Garnison** erfolgt ist, die bedenklich erscheinen. Ein Teil der Soldaten hat in unmißverständlicher Weise sein Mißfallen über eine Rede des Kommandeurs der Truppen zum Ausdruck gebracht. Weiter hat ein **Teil der Soldaten** in den Kasernenräumen **eine lärmende Kundgebung veranstaltet und in deren Verlauf die Fensterscheiben zertrümmert. Vor den Postenketten, die vor den Unterkunftsräumen der Soldaten gezogen sind,** stand eine dichte Menschenmenge, die sehr erregt und in äußerst gereizter Stimmung war. **Die neuherangeführten Truppen wurden von der Menge mit Pfeifen und Zischen empfangen.** Das Militär begnügte sich damit, die Menge zunächst von den Postenketten **mit Wasserspritzen zurückzuhalten.** Als die Menge sich jedoch dadurch nicht abschrecken ließ, mußte die zweite Postenkette ihre Gewehre laden.

*

Ruhige Nacht in Genf

Genf, 13. Nov. Der Rest der Nacht zum Sonntag ist in Genf ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Gegen Mitternacht war zeitweilig eine kritische Situation entstanden, als die Posten der wallisischen Bataillone sich anschickten, **mit aufgepflanztem Bajonett und geladenem Gewehr die Ansammlungen vor den Kasernen aufzulösen.** Die entschlossene Haltung der Walliser verfehlte jedoch ihren Eindruck nicht und allmählich zerstreute sich die Menge in den anliegenden Straßen. Inzwischen haben die Gewerkschaften den **Generalstreik für beendet erklärt.** In einem Aufruf fordern sie die Genfer Arbeiterschaft auf, Disziplin zu wahren und die Arbeit in aller Ruhe wieder aufzunehmen.

*

Der Genfer Generalstreik

Genf, 12. Nov. Der mit 87 gegen 58 Stimmen für Samstag beschlossene 24stündige Generalstreik wurde im großen und ganzen durchgeführt. Er hat sich nicht ausgedehnt auf die eidgenössischen kantonalen Gemeinde- und vereinigten anderen Betriebe. Die Straßenbahnen verkehren normal. Die Buchdrucker streiken, doch haben die Zeitungen Maßnahmen ergriffen, um erscheinen zu können. Die Bundesangestellten haben sich an der Streikabstimmung nicht beteiligt, da ihnen durch Bundesgesetz jegliche Teilnahme an einem Streik verboten ist. Die lebenswichtigen Betriebe wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Hospitäler usw. sind nicht von dem Streik betroffen. Die christlichen Gewerkschaften haben ihren Anhängern empfohlen, zu Hause zu bleiben, um irgend welche Verwicklungen zu vermeiden. Alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen sind verboten. Im Laufe der Nacht ist zum Schutze der Genfer Garnison ein Regiment aus dem Kanton Wallis in der Nähe von Genf zusammengezogen worden. Der Staatsrat hat einen Aufruf erlassen und die Bevölkerung aufgefordert, Ruhe zu halten.

Ein Abgesandter der neuen mandschurischen Republik besucht die Reichsregierung.

Generalleutnant a. D. Tinge der Vertreter des neuen Staates Mandschukuo, traf in Berlin ein, um mit der Reichsregierung über die Beziehungen der beiden Länder zu verhandeln.

Unfälle und Katastrophen

Riesen-Einsturzkatastrophe in Warschau

18 Tote, 20 Verletzte

Warschau, 13. Nov. Im Norden der Stadt hat sich am Sonntag eine gewaltige Einsturzkatastrophe ereignet, die 18 Todesopfer gefordert hat. Die Katastrophe spielte sich früh um 6 Uhr ab. Verschiedene Umstände wirkten zusammen, um ihr Ausmaß so riesengroß zu machen. Das Gebäude, das einstürzte, beherbergte eine Brauerei, die dort ihre großen Hopfenvorräte eingelagert hatte. Daneben stand ein kleines Wohnhaus aus Holz. Das Brauereigebäude ist alt und baufällig gewesen; dem gewaltigen Druck der Hopfenmassen haben die morschen und teilweise schon brüchigen Wände nicht mehr standgehalten. Der Einsturz erfolgte unter ungeheurem Getöse. Die Hopfenmassen, Stein- und Ziegeltrümmer stürzten auf das kleine Wohnhaus, das vollständig begraben wurde. Zwar war sofort Hilfe zur Stelle gewesen, da sich auf der anderen Straßenseite eine Polizeischule befindet, deren Insassen im Augenblick der Katastrophe herausstürzten, um sich ans Rettungswerk zu machen. Leider waren ihre Bemühungen bis jetzt vergeblich. Sie konnten nur 18 Personen tot unter den Trümmern bergen. 38 Bewohner beherbergte das Haus.

Einer späteren Meldung zufolge gelang es den fieberhaften Anstrengungen der Rettungsmannschaften, außer den 18 Toten aus den Trümmern des eingestürzten Brauereigebäudes noch die übrigen 20 Bewohner des Hauses zu bergen, die alle mehr oder minder schwer verletzt sind.

*

Bergwerksunglück in Lancashire

Bisher 24 Tote

London, 13. Nov. In den Edgegreen-Kohlenbergwerken in Wigan in Lancashire ereignete sich ein schweres Unglück, das nach den bisherigen Feststellungen 24 Menschenleben gefordert hat. Sechs Bergleute wurden außerdem verletzt; vier Personen werden noch vermißt.

Rede von Curtius in Neuyork

Neuyork, 12. Nov. Auf einer Friedenskundgebung der hier tagenden Weltkonferenz für Freundschaft durch die Kirchen sprachen in der Carnegie-Hall vor Tausenden von Zuhörern der ehemalige Reichsaußenminister Dr. Curtius u. Silas Strawn. Dr. Curtius wies darauf hin, daß der Waffenstillstandstag für Deutschland ein Trauertag sei, und die Deutschen die Kränkungen ihrer Ehre und das Unrecht des Versailler Vertrages nicht vergessen könnten. Trotzdem sei die deutsche Politik ausschließlich auf Weltbefriedung gerichtet, wozu eine weltwirtschaftliche und insbesondere europäische Zusammenarbeit den Weg wiesen. Ungeachtet der noch bestehenden großen Schwierigkeiten berechtigten manche Zeichen der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung zu der Hoffnung auf eine baldige Lösung.

Die Neuregelung der Buttereinfuhr

Berlin, 13. Nov. Mit Wirkung vom 15. November wird die **Einfuhr von Butter neu geregelt.** Der **Zollsatz** für Butter beträgt von diesem Tage ab autonom 100 RM., jedoch vertragsmäßig für alle meistbegünstigten Länder 75 RM. für einen Doppelzentner. **Die Einfuhr von Butter wird von diesem Tage ab grundsätzlich verboten.** Sie wird jedoch ohne Einfuhrbewilligung zugelassen für bestimmte, den einzelnen Erzeugungsländern zugeteilte Kontingente, die nur über die mit den Erzeugungsländern vereinbarten Zollstellen eingeführt werden dürfen.

Die für das Kalenderjahr 1933 festgesetzten Kontingente dürfen, wie bisher die Zollkontingente, nur in Monatsteilen von nicht mehr als dem zehnten Teil des einzelnen Kontingents bis zu dessen Erschöpfung eingeführt werden. Jedoch können in den einzelnen Monaten nicht ausgenutzte Kontingentsteile in den folgenden Monaten bis zum Ende des Kalenderjahres eingeführt werden. Sobald das dem einzelnen Lande zugeteilte Kontingent erschöpft ist, darf Butter, die aus dem betreffenden Lande stammt, nicht mehr zur Einfuhr zugelassen werden.

Mit manchen Ländern, nämlich mit Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Neuseeland, den Niederlanden, Oesterreich, Schweden, Ungarn sowie der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist eine Vereinbarung getroffen, wonach Butter, die in diesen Ländern erzeugt ist, nur dann auf das ihnen zustehende Kontingent anzurechnen ist, wenn die Sendung mit einer **Kontingentsbescheinigung des Ursprungslandes** versehen ist. Solche Sendungen dürfen von den Einlaßstellen nur dann auf das Kontingent abgefertigt werden, wenn die Kontingentsbescheinigung bei der Zollabfertigung vorgelegt wird.

Beratungen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission

Berlin, 13. Nov. Nach zweitägigen Beratungen hat die Vierte Untersuchungskommission (Zusammenarbeit im Ausland) der deutsch-französischen Wirtschaftskommission ihre Tagung in Berlin abgeschlossen. Sie hat die Berichte über die Gründung von zwei Konsortien entgegengenommen, die in Verwirklichung der Anregungen bei der letzten Tagung in Paris inzwischen erfolgt ist. Das **erste Konsortium** ist eine technische Vereinigung von deutschen und französischen industriellen Gesellschaften. Das zweite Konsortium ist in der Form einer **Aktiengesellschaft zwischen deutschen, französischen und englischen Industriellen** errichtet worden. Ihre Aufgabe ist die Ausführung großer öffentlicher Arbeiten im Ausland. Sie hat weiter einen vorläufigen Bericht über eine engere Zusammenarbeit zwischen den Industrieen auf dem Gebiete der **elektrischen Konstruktionen** und besonders der teilweisen **Elektrisierung von Eisenbahnlinien** gewisser europäischer Länder entgegengenommen. Einen breiten Raum nahmen in den Beratungen die Finanzfragen ein. Die nächste Tagung der Vierten Unterkommission wird im Laufe des Monats Februar in Paris stattfinden.

Am Montag Veröffentlichung des französischen Abrüstungsplans?

T.U. **Paris**, 13. Nov. Nachdem Herriot am Samstag seinen Ministerkollegen den Wortlaut des französischen Abrüstungsplans vorgelegt hatte, hat er am Sonntag auch den Mitgliedern der französischen Abrüstungsabordnung von dem endgültigen Wortlaut Kenntnis gegeben. Der Kabinettsrat hat zwar am Montag noch sein Schlußwort zu sprechen, doch kann man nach der Samstagssitzung des Ministerrates, die ausschließlich dem Abrüstungsplan gewidmet war, annehmen, daß keine weiteren Abänderungen mehr vorgenommen werden und der Wortlaut folglich Montag veröffentlicht werden kann. Wie verlautet, umfaßt er elf Schreibmaschinenseiten. Herriot, der seit einiger Zeit an einem Gichtanfall leidet und an seine Wohnräume gebunden ist, will trotzdem keine Verzögerung in der endgültigen Bearbeitung des französischen Abrüstungsplans eintreten lassen.

Der neue Gouverneur von Newyork stammt aus Unterfranken

T.U. **Würzburg**, 12. Nov. Wie bekannt, wurde mit überwältigender Mehrheit zum neuen Gouverneur von New-York Herbert Lehmann als Nachfolger Roosevelts gewählt. Den neuen Gouverneur verbinden enge Familienbeziehungen mit Würzburg. Lehmanns Eltern stammen aus dem benachbarten Rimpart, sie wanderten 1845 nach U.S.A. aus. Lehmann weilte schon wiederholt in der alten Heimat.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[15

„Dann mußt du es eben einmal anders versuchen", sagte die alte Dame.

„Soll ich vielleicht dem frechen Gör, das mich an der Erreichung meines Zieles immer und immer wieder hindert, noch gute Worte geben? Ich kann nun einmal Kinder nicht leiden, und diesen Jungen am wenigsten. Er ist ohnehin eine unangenehme Mitgabe in eine eventuelle Ehe mit Robert", sagte Ina heftig und stand auf.

Sie sah nach der kleinen, blitzenden Armbanduhr, die sie an dem schlanken Handgelenk trug.

„Zeit, daß ich gehe, Tante Sascha. Ich bin gern daheim, wenn Robert kommt. Gestern hatten wir zum ersten Male nach langer Zeit eine richtige behagliche Abendstunde in seinem Zimmer. Ich habe ihn recht verwöhnt und ihm nach dem Munde geredet. Das mögen die Männer alle gern, selbst die klügsten."

Ihre Mundwinkel zogen sich dabei ironisch herunter. Sie sah in diesem Augenblick ihrer Tante erschreckend ähnlich.

„Na also", meinte die befriedigt. „Es wird schon werden. Du mußt nur diesen kleinen, verzogenen Burschen, den Ralph, zur Vernunft bringen. Dann hast du auch Robert gewonnen."

Zehntes Kapitel.

Ina rief unten das erste Auto an, das ihr entgegenkam. Dank des sehr reichlich bemessenen Haushaltgeldes und der Tatsache, daß sie über große Mittel verfügen konnte, ohne daß Weltner Rechenschaft von ihr verlangte, konnte sie sich manchen Luxus leisten, der ihr sonst unmöglich gewesen wäre. Unterwegs, während das Auto in schneller Fahrt der Weltnerschen Wohnung entgegenfuhr, überlegte sie noch einmal die Ratschläge, die Tante Sascha ihr gegeben hatte.

Befriedigt lehnte sie sich im Wagen zurück und prüfte im Schein der Lampe ihr Gesicht im Spiegel. Jetzt, in der halben Beleuchtung, sah man nichts von den ersten verräterischen Spuren der Jahre um die Dreißig. Blühend, ebenmäßig, voll stolzer Schönheit blickte ihr ihr Antlitz unter dem beschattenden Samthut entgegen — der sehr schlanke Hals blühte makellos aus dem dunklen Pelz der kurzen Pelzjacke, die sie trug.

Sie war auf einmal voller Zuversicht. Es mußte doch endlich gelingen, Robert dahin zu bringen, daß er um ihre Hand anhielt. * * *

Weltner sah angenehm überrascht von seiner Arbeit auf, als sich nach leisem Klopfen die Tür öffnete und Ina hereinkam. Wie sie da in der Türöffnung stand in dem knappen braunen Kleid, mit dem zarten weißen Spitzenkragen um den kleinen Halsausschnitt, dem von der Luft leicht rosig angehauchten Gesicht und der hohen stolzen Gestalt, war sie wirklich ein schönes Bild von Kraft und Jugendlichkeit.

Vorsichtig trug sie eine silberverzierte Kristallvase, aus der heraus in üppiger Fülle der Strauß roter Nelken schwankte, den das Stubenmädchen vorhin auf Weltners Geheiß in das Zimmer gestellt. Inas sonst so herrische Stimme hatte einen warmen, einschmeichelnden Klang; ihre sonst kalten Augen blickten weich zu Robert hin, über die duftige Fülle der zarten Blumen.

„Ich muß sie doch hierher bringen", sagte Ina leise, „um dir zu danken. Ich gönne mir die Freude gar nicht allein. Wie lieb von dir, so an mich zu denken."

Behutsam stellte sie die Nelken mitten auf den Eßtisch.

„So, da kann ich dir ein Stückchen von meiner Freude geben. — Verzeih, daß ich zu spät komme. Ich war einen Augenblick bei einer Verwandten und glaubte dich noch nicht daheim."

„Aber ich bitte dich, Ina, du kannst doch nicht immer warten, wann ich gerade aus dem Büro heimkomme. Du bist doch dein freier Herr."

„Um so mehr halte ich es für meine Pflicht, immer da zu sein, wenn du einmal eine Viertelstunde Lust verspürst, während des Essens zu plaudern. Ein wenig Entspannung mußt du doch haben, und wenn ich durch meine Anwesenheit dazu beitragen kann, bin ich wirklich glücklich."

Er sah sie warm an.

„Wie selbstlos du bist, liebe Ina. Mir ist, als hätte ich früher keine Augen im Kopfe gehabt, als hätte ich gar nicht gesehen, wie du dich bemühst, mir Arbeitsmenschen ein wenig Behaglichkeit in meinem verödeten Heim zu schaffen. Ging es heute übrigens mit Ralph? Ich hoffte, ihn noch zu sehen, aber er war schon zu Bett."

Ein Zug wie Bedauern ging über Inas Gesicht:

„Ach! Wenn ich geahnt hätte, daß du heute zeitiger kommst, dann hätte ich ihn sicherlich noch auf gelassen. Aber ich wollte ihn lieber selbst ins Bett bringen. Ich überlasse seine körperliche Pflege so ungern den Mädchen. Gut ging es. Wir werden uns schon miteinander verständigen, Ralph und ich. Du sollst jedenfalls von mir keine Klagen mehr hören."

Herzlich griff Weltner nach der Hand seiner Kusine:

„Niemand wird dir das mehr danken als ich, liebe Ina..."

Ganz gegen seine Gewohnheit, blieb er auch nach dem Abendbrot noch eine Weile plaudernd bei seiner Kusine sitzen, ohne sich sogleich zu seinen Akten zurückzuziehen. Er erzählte ein paar Fälle aus seiner Praxis.

Ina hörte aufmerksam zu; den feinen Kopf mit den klugen Augen leicht in die Hand gestützt. Ab und zu warf sie eine kluge interessierte Bemerkung dazwischen — und Weltner dachte, daß es doch schön wäre, ein teilnehmendes Frauengemüt nach der harten Tagesfron neben sich zu wissen. Seit Maria von ihm gegangen, war er sehr, sehr einsam gewesen — und er empfang dankbar, daß die Kusine ein so stiller und anteilnehmender Zuhörer war.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baden

Annahme des Konkordats im Landtag gesichert

Karlsruhe, 13. Nov. Der Beschluß der Sozialdemokraten, sich bei der Abstimmung über das badische Konkordat der Stimme zu enthalten, hat zur Folge, daß **die Annahme im Landtag gesichert ist.** 35 Abgeordneten des Zentrums stehen zwar 35 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber, aber es ist kaum anzunehmen, daß alle anderen 35 Abgeordneten gegen das Konkordat stimmen werden. Mindestens ein Abgeordneter dürfte für das Konkordat stimmen und damit wäre seine Annahme gesichert. Die Verhältniszahlen dürften aber für das Konkordat noch günstiger sein, denn es ist zu vermuten, daß unbedingte Neinsager beim Konkordat nur die Kommunisten und die Staatsparteiler sein werden.

Die Lage der badischen Landwirtschaft

Karlsruhe, 13. Nov. In der Vorstandssitzung der Badischen Landwirtschaftskammer vom 11. November 1932 machte der Präsident Dr. Graf Douglas-Langenstein Mitteilungen über seinen Besuch beim Reichspräsidenten. Er hat dabei betont, daß die badische Landwirtschaft sich nicht in Gegensatz zu der Landwirtschaft im Osten und im Norden des Reiches setze, sondern mit dieser gemeinsam einen Schutz der Getreide- und Kartoffelwirtschaft erstrebe. Daneben spielten allerdings eine Reihe anderer Wirtschaftszweige für die süddeutsche Landwirtschaft eine ganz andere Rolle wie für die Landwirte im Norden und Osten des Reiches. So sei die Milchwirtschaft für Tausende von Bauernbetrieben lebenswichtig und eine straffe Durchführung des Reichsmilchgesetzes wie der weitere Ausbau der Aufnahmeorganisationen von entscheidender Bedeutung. Die Spezialkulturen aller Art, wie sie sich im Handelsgewächshaus, im Obst-, Gemüse- und Weinbau darstellten, dürften nicht weiter wie bisher vernachlässigt werden. Ganz entscheidend aber sei nunmehr für die gesamte Bauernwirtschaft in den Gebirgslagen die Holz- und Viehwirtschaft geworden; ohne nachdrückliche Hilfe für diese Zweige der Landwirtschaft würden im Westen bald die gleichen Zustände erreicht sein wie im Osten. Die Holzwirtschaft sei überdies von ausschlaggebender Bedeutung für die Haushalte zahlreicher Gemeinden und nicht zuletzt für die der zahlreichen Länder selbst. Ein warnendes Zeichen für die drohenden Zustände seien die wachsenden Verschuldungsziffern, die um so beängstigender seien, als nicht ein geordneter Realkredit den Bauern zur Verfügung stehe, sondern ein Personalkredit, der sich jeder Ueberwachung entziehe. — Der Reichspräsident der sich aus seiner Karlsruher Zeit die beste Erinnerung an unser Land und auch an die badische Landwirtschaft bewahrte, hat für alle die vorgetragenen Fragen größtes Interesse gezeigt und versprochen, sich eingehend mit den vorgetragenen Wünschen zu beschäftigen.

Graben b. Karlsruhe, 12. Nov. (Motorradunfall.) Donnerstag nacht fuhr der 24 Jahre alte Karl Brecht aus Neudorf infolge dichten Nebels bei der Dreschhalle auf ein Pferdefuhrwerk auf. Er wurde den Abhang hinuntergeschleudert, wo er mit schweren Knie- und Fußverletzungen liegen blieb.

Mannheim, 12. Nov. (Arbeitsbeschaffungsprogramm.) In der Bürgerausschußsitzung wurde die Beseitigung der Wohnungsluxussteuer, die in Mannheim als einziger Stadt Badens noch erhoben wird, in Aussicht gestellt. Nach längerer Aussprache wurde das große Arbeitsdienstprojekt „Entwässerung des Sandtorfer Bruchs" mit knapper Mehrheit angenommen. Dafür stimmten Nationalsozialisten, Zentrum, Evang. Volksdienst und die Gruppen der bürgerlichen Mitte, dagegen die Sozialdemokraten und Kommunisten. Ein kommunistischer Antrag, die Arbeiten durch Erwerbslose bei tarifmäßiger Bezahlung durchführen zu lassen, konnte nicht zur Abstimmung gelangen, da er nicht mit einem Deckungsvorschlag verbunden war.

Freiburg, 13. Nov. (Zusammenstoß.) Ein mit einem Kontrolleur der Reichsbahndirektion Karlsruhe, einem Beamten des Betriebsamts 2 und dem Führer besetzter Gleiskraftwagen fuhr beim Gasthaus „Zwei Tauben" bei Falkensteig mit einer Lokomotive zusammen. Zwei Personen konnten noch rechtzeitig abspringen, die dritte erlitt einen Beinbruch. Der Verletzte ist der Reichsbahnoberinspektor Bauer aus Freiburg.

Konstanz, 13. Nov. (Geisteskranker Mörder.) Das Verfahren gegen den Dienstknecht Karl Sickinger aus Freiburg, der in Menningen (Bezirk Meßkirch) seinen früheren Dienstherrn, den Landwirt Philipp Huckle, erstochen hat, ist eingestellt worden und Sickinger auf Grund des Paragraph 51 RStGB. außer Verfolgung gesetzt worden. Sickinger wird dauernd in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Denzlingen, 13 Nov. (35facher Einbrecher.) Der hiesigen Gendarmerie gelang es, in der Person eines Müller aus Kollnau den Dieb zu ermitteln, der in der ganzen Umgebung, hier, in Emmendingen, im Glottertal usw. eine ganze Anzahl Einbrüche begangen hat. 35 Einbrüche hat er bereits eingestanden. Bei seiner Festnahme im Glottertal trug er eine geladene Pistole bei sich.

Rastatt, 12. Nov. (Notlandung.) Ein Junkers-Verkehrsflugzeug der Luft-Hansa mußte am Donnerstag abend bei einem Probeflug infolge Nebels auf dem Gelände des Versuchs- und Lehrguts notlanden. Die Landung ging glatt vonstatten. Am Freitag morgen konnte die Maschine wieder starten.

Konstanz, 12. Nov. (Afrikaflug.) Die bekannte Fliegerin Margrit Fußbahn ist zu einem Flug nach Afrika gestartet. Ihr Flug führt sie zunächst nach Marseille, von wo aus der endgültige Start erfolgen wird.

*

Stuttgart, 13. Nov. (Ausstellungs-Eröffnung.) Am Samstag wurde vor einem großen Kreis geladener Gäste die im Mittelpunkt der vom 12. bis 20. November in Stuttgart stattfindenden „Deutschen Woche" stehende Weihnachtsschau „Deutsche Ware", die in der Gewerbehalle untergebracht ist, eröffnet. Der erste Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Ware" Württemberg-Hohenzollern, Geheimrat Roehm, betonte, daß diese Ausstellung eine Werbeausstellung sei, die alle Bevölkerungskreise über die wirtschaftliche Bedeutung des bevorzugten Einkaufs und der bevorzugten Verwendung der deutschen Erzeugnisse aufklären soll. Der Ruf „Kauft deutsche Ware" gilt aber nicht nur für die Verbraucher, sondern ist auch eine Mahnung an die Erzeuger und Händler. Frau Staatspräsident Bolz richtete besonders an die Frauen die Mahnung, vor allem auch in der Mode die deutsche Ware zu bevorzugen. Sodann wurde ein Rundgang durch die Ausstellung angetreten, an der sich die Landwirtschaft, das Handwerk und zahlreiche Firmen des Einzelhandels beteiligten.

Zum Konkordat in Baden

Der S.P.D.-Fraktionsbeschluß. — Die Verhandlungen im Landtag.

T.U. **Karlsruhe,** 13. Nov. In verschiedenen badischen Zentrumsblättern gibt der badische Zentrumsführer Dr. Föhr Erläuterungen zum Kirchenvertrag zwischen der römischen Kirche und dem badischen Staat, die einige bemerkenswerte Einzelheiten enthalten und als Ergänzung zu den Darlegungen des Kultusministers Dr. Baumgartner angesehen werden können. So bringt der Kirchenvertrag für die Organisation des Metropolitankapitels insofern eine Neuerung, als neben der Würde des Domdekans nach dem Vorbild anderer Diözesen die des Dompropstes geschaffen wird. Dem Domkapitel wird das Wahlrecht bei Erledigung des erzbischöflichen Stuhles, das ihm im Jahre 1926 durch den Heiligen Stuhl ausdrücklich entzogen wurde, wieder neu gewährt. Für die vorzunehmenden Wahlen wird jedoch das aus sieben Mitgliedern bestehende Domkapitel zum Wahlkapitel durch vier Ehrendomkapitulare ergänzt.

Als Sonderbewilligung hat die römische Kurie Baden zugestanden, daß bei Ernennung eines Koadjutors mit dem Recht der Nachfolge und im Benehmen mit dem badischen Staat vorgegangen werden soll. — Die Besetzung der Lehrstülle der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg kann nur nach erfolgter Anhörung des Erzbischofs erfolgen. Im Falle einer Beanstandung erfolgt die Berufung nicht. Hinsichtlich der Sicherung des kirchenpolitischen Zustandes in Baden ist festgestellt, daß es Staatspatronate künftig nicht mehr gibt. Privatpatronate unterstehen künftig den Bestimmungen des kanonischen Rechts. Die Gründung von Orden und religiösen Kongregationen bleibt der Willensbestimmung der zuständigen kirchlichen Stelle überlassen.

*

Von der evangelischen Kirchenregierung nahestehender Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, die Annahme, es sei in der Sitzung der evangelischen Kirchenregierung am Freitag keine Einigung über den evangelischen Kirchenvertragsentwurf erzielt worden, ist eine irrige. Richtig sei vielmehr, daß hinsichtlich des evangelischen Konkordates zwischen Kirchenregierung und Staatsministerium eine Einigung zustandegekommen sei. Auch in der kirchenamtlichen Veröffentlichung über die Freitagssitzung werde zum Ausdruck gebracht, daß die Kirchenregierung dem Vertragsentwurf zugestimmt habe, allerdings mit der Einschränkung, daß in der Frage der Besetzung der theologischen Lehrstühle die Forderungen der Kirche nicht erfüllt würden. Wir erfahren von derselben Seite weiter, daß nun nach dem Wortlaut des evangelischen Kirchenvertrags der Staat im Einvernehmen mit der Kirche den Direktor am Theologischen Seminar der Universität Heidelberg ernennt, während bei den übrigen Ernennungen für die Theologische Fakultät der Staat „im Benehmen" mit der Kirche handeln wird. Es darf noch darauf hingewiesen werden, daß die Rechte der Theologischen Fakultät Heidelberg durch das Konkordat nicht berührt werden. Was künftighin die Ernennung des evangelischen Kirchenpräsidenten anbelangt, so ist in dem kirchlichen Vertragswerk eine ähnliche Bestimmung getroffen wie in dem Konkordat mit der katholischen Kirche hinsichtlich der Erzbischofsfrage. Auch bei der Bestellung des Kirchenpräsidenten hat der Staat ein Anhörungsrecht.

*

Zu dem Beschluß der S.P.D.-Landtagsfraktion, bei der Abstimmung über das Konkordat sich der Stimme zu enthalten, bemerkt die Mannheimer „Volksstimme", die Verantwortung für diese ihre Entscheidung liege allein bei der Fraktionsmehrheit. Der Konflikt, der sich hier aufgetan habe, ergebe sich aus der Koalitionsgebundenheit der Fraktionsmehrheit einerseits und dem absoluten und durch die Entwicklung der letzten Zeit besonders erhöhten Bedürfnis der Gesamtpartei nach größerer Bewegungsfreiheit, größerer Selbständigkeit und schärferer Abgrenzung gegen andere Parteien. Für die Sozialdemokratische Partei sei sowohl das katholische wie das evangelische Konkordat untragbar, weil es wesentliche Souveränitätsrechte des Staates gegenüber der Kirche preisgebe und weil es dem Staate jede Möglichkeit nehme, die Bestimmungen des Vertrages ohne Zustimmung der Gegenseite zu ändern.

In einer Versammlung der Karlsruher Sozialdemokratischen Partei wurde neben dem Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November auch das Konkordat besprochen. Die Stimmung der Mehrheit der Versammlung kam, lt. „Volksfreund" in der Annahme eines Antrages zum Ausdruck, wonach die S.P.D.-Landtagsfraktion aufgefordert wird, gegen die Konkordate zu stimmen.

*

Ueber die Behandlung des Baden-Konkordats im Landtag erfahren wir, daß die Vorlage wahrscheinlich bis zur Dienstagssitzung des Landtags den Abgeordneten im Druck überreicht werden kann. Man wird dann den Abgeordneten einige Tage Zeit lassen, um sich mit dem Gegenstand näher zu befassen, worauf die Ausschußverhandlungen in Angriff genommen werden. Während sich dies abspielt, wird, wie schon bekanntgegeben, zunächst der Verfassungsausschuß der Evangelischen Landessynode den evang. Vertrag behandeln, die dann am 22. November in der Landessynode selbst zur Beratung kommt. Voraussichtlich wird die Beratung mehrere Tage in Anspruch nehmen, denn der Landessynode wird der Sitzungssaal im Landtag auf mehrere Tage überlassen. Durch diese Behandlung ist die Möglichkeit gegeben — vorausgesetzt, daß die Evangelische Landessynode dem Vertragswerk zustimmt, daß sowohl das evangelische wie das katholische Konkordat zusammen dem Landtag zur Beratung stehen.

*

Deutsche Volkspartei und Konkordat. — Noch keine endgültige Stellungnahme.

bld. **Karlsruhe,** 13. Nov. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, trat am Sonntag in Karlsruhe zusammen, um sich mit der politischen Lage in Baden zu beschäftigen. Finanzminister Dr. Mattes gab in nahezu zweistündigen Ausführungen ein Bild über Entstehung und Bedeutung des Vertragsentwurfes mit der katholischen Kirche. In längerer Aussprache wurden die Richtlinien für die weitere Behandlung dieser Frage in voller Uebereinstimmung mit Parteileitung und Fraktion festgelegt. Eine endgültige Stellungnahme kann erst nach Veröffentlichung des Vertragsentwurfes mit der evangelischen Kirche erfolgen. Anschließend an die Konkordatsfrage gab Generalsekretär Wolf einen Ueberblick über die Auswirkung der letzten Reichstagswahl, während Finanzminister Dr. Mattes über seine in Berlin gewonnenen Eindrücke berichtete.

*

Scharfe Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die S.P.D.-Fraktion.

T.U. **Mannheim,** 14. Nov. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Baden, veröffentlicht eine Erklärung an die badische Sozialdemokratie hinsichtlich des Beschlusses der S.P.D.-Fraktion sich bei der Abstimmung über das Konkordat der Stimme enthalten zu wollen. In der Erklärung heißt es, die Mehrheit der badischen Parteimitglieder der S.P.D. wünsche eine positive Abstimmung der Fraktion, d. h. die Ablehnung des Konkordates. Der Parteivorstand erklärte in aller Oeffentlichkeit, daß die Einstellung der Fraktion falsch und parteischädigend sei und er ermahnt die Fraktion in letzter Stunde, die Mißachtung des Willens der Parteimehrheit aufzugeben und sich auf eine Linie mit der Gesamtmitgliedschaft Badens zu stellen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion antwortet.

T.U. **Karlsruhe,** 14. Nov. Namens der gesamten Landtagsfraktion der S.P.D. gibt deren Vorsitzender, Abgeordneter Rückert, folgende Erklärung ab: „Die Erklärung des Landesvorstandes gegen die Fraktion ist ungewöhnlich, sie ist aber auch noch unhaltbar. Wer die Entwicklungsgeschichte des badischen Konkordats kennt, kann sich die Auffassung des Landesvorstandes nicht zu eigen machen. Wäre sie richtig, so hätten auch unsere preußischen Genossen, die positiv für das Konkordat stimmten, „parteischädigend" gehandelt. Dies ist nicht der Fall. Die Fraktion weißt deshalb die erhobenen Vorwürfe mit aller Entschiedenheit als unqualifiziert zurück. An ihrer Stellung ändert sich nichts. Ihr dauerndes Bestreben, dem Volke Arbeit und Brot zu verschaffen und die Freiheit zu erhalten, wird durch die Kirchenverträge nicht berührt.

Aus dem Gerichtssaal

Coloredo-Prozeß

Freiburg, 12. Nov. Am dritten und letzten Verhandlungstag im Coloredo-Prozeß wurde der Dichter Schöpwinkel von Angermund, der Begründer der Polar-biochemischen Welterkenntnis, vernommen, der angab, persönlich an einem Doktortitel nicht interessiert gewesen zu sein, nur seine Organisation, die in der ganzen Welt Filialen habe, habe ihm geraten, einen deutschen akademischen Grad zu erwerben. Er sei mit einem gewissen Legationsrat Dr. Friedrich in Freiburg bekannt geworden und habe mit diesem über die Erwerbung des Eisernen Kreuzes und des Doktorgrades der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg unter Decknamen korrespondiert. Er habe dann auch gegen eine Einsendung von 550 RM. eine recht primitive Urkunde erhalten. Er halte den Grafen nicht für einen Schwindler, sondern für einen kranken Menschen, und fühle sich nicht geschädigt, seine Organisation jedoch wolle das Geld zurück haben. Im Verlaufe der weiteren Verhandlung wurde die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auf kurze Zeit ausgeschlossen. Nach Schluß der Beweisaufnahme hielt Oberstaatsanwalt Fitzner sein Plädoyer. Die Anklage sei in allen Punkten erwiesen. Er charakterisierte die Handlungsweise der Angeklagten, die mit dem Ehrenzeichen des deutschen Kriegsteilnehmers schamlosen Handel getrieben hatten, in den schärfsten Worten. Diese Gemeinheit könne nicht genügend gebrandmarkt werden. Die Angeklagten seien sich bewußt gewesen, daß eine falsche Urkunde ausgestellt worden sei. Er beantragte gegen Coloredo wegen Zechbetrugs drei Monate und wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Hehlerei vier Monate, zusammen sechs Monate Gefängnis. Die Verurteilung von Rakette und Schmolke stellte er in das Ermessen des Gerichts.

Das Urteil im Coloredo-Prozeß

Freiburg, 13. Nov. Im Prozeß gegen den internationalen Hochstapler Coloredo und Genossen hat das Schöffengericht folgendes Urteil gefällt:

Der Angeklagte Coloredo wird wegen Betrugs und erschwerter Urkundenfälschung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft von fünf Monaten und zwei Wochen wird angerechnet. Der angeklagte Schriftsteller Schmolke-Berlin wird wegen Hehlerei zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Rakette wird freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Coloredo wird aufgehoben. An seine Stelle wird der Auslieferungshaftbefehl für die Schweiz treten.

Coloredo war bekanntlich im Juli d. J. in einem Freiburger Hotel festgenommen worden. Die Untersuchung gegen ihn hat dann ergeben, daß er in Deutschland und der Schweiz, auf dem Balkan und in Vorderasien umfangreiche Betrügereien in Hotels und bei Juwelieren verübt hatte. Der Hauptfall, weswegen sich Coloredo in Freiburg zu verantworten hatte, bestand darin, daß er im März 1932 dem Schriftsteller Schönwinkel gegen Zahlung einer größeren Summe den Ehrendoktortitel der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg verschaffen wollte, wie er überhaupt mit gefälschten Diplomen und Titeln von Schwindeluniversitäten einen schwunghaften Handel getrieben hat.

Die Altriper Schiffsdiebstähle

Ludwigshafen, 12. Nov. Eine Kolonne von nicht weniger als 16 Angeklagten marschierte vor dem Amtsgericht auf. Es handelt sich um die Beteiligten an den großen Schiffsdiebstählen, die im August d. J. auf einigen Schiffen bei Altrip verübt wurden. Sämtliche Angeklagten sind Bewohner von Altrip. Vier von ihnen hatten in der Nacht auf 5. August aus dem Kahn „Edelweiß 13" etwa 65 Zentner Weizen gestohlen. Eine andere Gruppe war in der Nacht auf 24. August an den Kahn „Neckartreue" herangefahren, auf dessen Deck größere Posten Persil, Imi und Sil verladen waren. Auch diese Waren wurden an Land geschafft. Das tollste Stück jedoch bildete die nächtliche Beraubung des Kahns „Orbide 43", eines Straßburger Schiffes, das von einer 16köpfigen Bande heimgesucht wurde, die in einem Nachen anfuhr und ca. 47 in Säcke und Pakete verpackte Zentner Mehl sowie 6 Zentner Mais mitgehen ließen. Sämtliche Angeklagten beriefen sich auf ihre Notlage, da sie zum Teil arbeitslos und ausgesteuert sind. Sie waren im wesentlichen geständig, machten aber den Einwand, ihre ursprüngliche Absicht sei lediglich auf den Diebstahl von Kohlen gerichtet gewesen. Das Schöffengericht sprach unter Annahme mildernder Umstände Gefängnisstrafen von einem Jahr sechs Monaten bis zu sechs Monaten aus.

Zuchthausurteil im BVG.-Sondergerichtsprozeß

Berlin, 12. Nov. Das Sondergericht verurteilte den Arbeiter Weidmüller und den Schlosser Grüner die am 5. November im Straßenbahnschienen Pflastersteine gelegt hatten, wegen Transportgefährdung auf Grund der Verordnung gegen den politischen Terror zu je zweieinhalb Jahren Zuchthaus.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Denkt an die Notleidenden, spendet für die Durlacher Winternothilfe!